

6 Sechstes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10799
erste Lesung

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Also stimmen wir jetzt direkt ab. Wer dem **Gesetzentwurf** aller vier Fraktionen **Drucksache 14/10799** in der ersten Lesung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in erster Lesung **angenommen**. Die zweite Lesung findet in der nächsten Plenarwoche im März statt.

Ich rufe auf:

7 Wege zur solidarischen Bürgergesellschaft Bürgerschaftliches Engagement und freiwillige Tätigkeit langfristig absichern und auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10138

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Generationen, Familie und Integration
Drucksache 14/10758

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10750

Ich eröffne die Beratung. Frau Kollegin Koschorreck von der SPD-Fraktion erhält das Wort.

Elisabeth Koschorreck (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bürgerschaftliches Engagement ist für eine vitale Demokratie und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unabdingbar. Kaum eine der großen Herausforderungen, mit denen sich unsere Gesellschaft konfrontiert sieht, kann ohne solches Engagement bewältigt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erinnern Sie sich noch an den Anfang Ihres politischen Engagements? Die meisten von uns haben in der Kommunalpolitik angefangen, haben Spaß an der Sache bekommen, Gleichgesinnte gefunden, sich engagiert und Fähigkeiten an sich entdeckt, die wir im normalen Berufs- und Familienleben nicht so

entwickelt hätten. Wir haben also Bestätigung und Anerkennung gefunden.

Und jetzt sind wir hier im Landtag, haben unser Ehrenamt zum Beruf gemacht und müssen feststellen, dass wir unseren eigenen Nachwuchs abgeschreckt haben. Denn nur noch wenige junge Menschen wollen uns auf diesem Weg nachfolgen. Die Zahlen derjenigen, die sich langfristig an ein politisches Amt binden möchten, sind drastisch gesunken. Viele kommunale Fraktionen sind bei der letzten Kommunalwahl nur fünf Jahre älter geworden.

Damit sind wir bereits mittendrin in unserem Antrag, für den ich heute spreche. „Aus Frustration über mangelnde Einflussmöglichkeiten, fehlende Chancen und nicht vorhandene Perspektiven treten viele Jugendliche den Rückzug ins Privatleben an“ heißt es darin. An formaler Anerkennung scheint es nicht zu liegen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nirgendwo sonst dürfte die Chance, einmal das Bundesverdienstkreuz verliehen zu bekommen, höher sein als beim langjährigen Engagement in der Kommunalpolitik – wenn man es denn darauf anlegt.

Es stellt sich für mich die Frage: Woran liegt es dann? – Aus Sicht der SPD-Fraktion sind die Gründe vielfältig und auch schon seit Langem bekannt. Die Wissenschaft hat uns viele gute Erkenntnisse dazu geliefert. Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker muss es doch sein, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen und wirkungsvolle Maßnahmen einzuleiten. Genau dies will meine Fraktion mit dem vorliegenden Antrag tun.

Ehrenamtliche erwarten auch, dass die Politik ein verlässlicher Partner ist und bleibt. Daher gehört es zu unseren zentralen Forderungen, dass für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst eingeführt wird. Es ist doch schon zynisch, wenn wir auf der einen Seite Sonntagsreden zum ehrenamtlichen Engagement junger Menschen halten, auf der anderen Seite aber nur jedem Dritten, der bereit ist, ein ganzes Jahr seines Lebens ehrenamtlich zu verbringen, überhaupt einen Platz bieten können. Damit signalisieren wir doch: Eigentlich bis du gar nicht gewollt.

Zu diesen Signalen gehört auch die Antwort auf die Frage, ob wir die Finanzierung der Jugendverbände langfristig finanziell auf solide Füße stellen. Denn sie leisten nicht nur bei der Motivation von Jugendlichen hervorragende Arbeit, sondern auch bei deren Qualifizierung und dauerhaften Einbindung.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Gerade die Jugendverbände erproben neue Formen des gesellschaftlichen Engagements, die